



Weltverträgen
Bis April 2016 müssen
setzen. Die Richtlinie
Fairer Handel auf. All
tarbeitsstandards nicht
o ganz von der deutsch
gestaltungsspielraum ge
märken. TTIP soll die Be
atlantiks für EU- bzw.
ndem die Unternehmen
werden wie inländische
werden. Mit TTIP streb
einem Staat an, der we
beitsnormen zurückli
Abschaffung
gründe

WARUM TTIP NICHT ZU EINEM FAIREREN WELTHANDEL BEITRÄGT

STANDPUNKT

ff FORUM
FAIRER
HANDEL



Das **FORUM FAIRER HANDEL** ist das bundesweite Netzwerk des Fairen Handels. Sein Ziel ist, das Profil des Fairen Handels zu schärfen, gemeinsame Forderungen gegenüber Politik und Handel durchzusetzen und eine stärkere Ausweitung des Fairen Handels zu erreichen. Das Forum versteht sich als die politische Stimme der Fair-Handels-Bewegung in Deutschland und setzt sich für gerechte Regeln für Handel und Landwirtschaft weltweit ein.

Das **FORUM FAIRER HANDEL** ist in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit, Bildung sowie Kampagnen- und Advocacyarbeit tätig. Einmal im Jahr veranstaltet das Forum Fairer Handel die Faire Woche, die größte Aktionswoche des Fairen Handels in Deutschland, mit.

Die Mitglieder des **FORUM FAIRER HANDEL** sind Organisationen, die ausschließlich im Fairen Handel arbeiten und Akteure, die die Förderung des Fairen Handels als einen der Schwerpunkte ihrer Arbeit ansehen: Weltladen-Dachverband e. V., die Fair-Handels-Importeure, GEPA – The Fair Trade Company, EL PUENTE, dwp eG Fair-Handels-Genossenschaft, BanaFair e. V. und GLOBO – Fair Trade Partner sowie Naturland – Verband für ökologischen Landbau e. V. und Fair-Band e. V.. Ein breites Netzwerk von Partnerorganisationen arbeitet in den Arbeitsgruppen des Forum Fairer Handel mit.

HERAUSGEBER Forum Fairer Handel e. V. **TEXT** Theresa Lankes **REDAKTION** Armin Massing sowie AG Grundsatz und Politik des Forum Fairer Handel **BILDER** GEPA - The Fair Trade Company/C.Nusch (S. 4); Buonasera/Wikimedia.org (S. 1, 4); ECI Stop TTIP!/Jakob Huber (S. 5) **GRAFIK** www.24zwoelf.de, Hannover **DRUCK** UmweltDruckerei, Hannover **AUFLAGE** 10.000 **BERLIN, DEZEMBER 2015**

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein das Forum Fairer Handel e. V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder. Die Erstellung der Broschüre wurde gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, MISEREOR sowie von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des BMZ.



1. EINLEITUNG

WARUM BEZIEHT DAS FORUM FAIRER HANDEL POSITION ZU TTIP?

Das Forum Fairer Handel ist das Netzwerk des Fairen Handels in Deutschland. Es tritt für einen Handel ein, der den Menschen in den Mittelpunkt stellt und ökologisch nachhaltig gestaltet ist. Seit über 40 Jahren betreiben Fair-Handels-Organisationen alternativen Handel, der allen Teilnehmer/innen in der Wertschöpfungskette ihre universellen Menschenrechte und das Recht auf eine lebenswerte Umwelt zugesteht. Dies erreicht der Faire Handel u. a. durch die Förderung von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen und ökologischer Anbauweise.

Zurzeit werden mehrere Handelsabkommen seitens der Europäischen Union (EU) verhandelt, die nach derzeitigem Kenntnisstand einen menschen- und umweltfreundlichen Handel erschweren werden. Am wichtigsten sind dabei diese drei Abkommen:

- CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement; umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen) zwischen der EU und Kanada,
- TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership; transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft) zwischen der EU und den USA,
- TiSA (Trade in Services Agreement; Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen), das von 50 Staaten, darunter alle EU-Mitgliedsländer, verhandelt wird.

Das vorliegende Positionspapier stellt am Beispiel von TTIP dar, wie diese Handelsabkommen fairere Welthandelsbedingungen untergraben und sich die Bedingungen für Fairen Handel und für die sogenannten Entwicklungsländer verschlechtern würden.

WAS IST TTIP?

Seit 2013 wird die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zwischen der EU und den USA verhandelt. Laut dem Mandatstext für den EU-Verhandlungsführer soll TTIP eine „beiderseitige Liberalisierung des Handels mit Waren und Dienstleistungen sowie Regeln zu handelsbezogenen Fragen vorsehen“. Aber was bedeutet das konkret? Bei TTIP geht es nicht mehr, wie in den bisherigen Handelsabkommen, vor allem um Zölle. Denn diese sind zwischen der EU und den USA bereits stark abgesenkt worden.

Im Vordergrund stehen Regulierungssysteme und Standardsetzungen in fast allen nur vorstellbaren Industriebereichen sowie Schutzmechanismen für die Rechte von Investoren. Regeln zu Produktion und Vertrieb gehören zur Kategorie der „technischen Handelsbarrieren“, deren Abbau bei TTIP im Zentrum steht. Der Begriff technische Handelsbarrieren wird weit interpretiert: Dazu gehören etwa auch arbeitsrechtliche Bestimmungen für Angestellte und Umweltauflagen für Produkte.

WIE VIEL KÖNNEN WIR WISSEN?

Wenn deutsche Politiker/innen gefragt werden, welche Position sie zu TTIP beziehen, antworten viele ausweichend: Der Vertragstext zu TTIP sei noch nicht zu Ende verhandelt und über die Auswirkungen von TTIP könne man daher noch nicht diskutieren.

Auf den ersten Blick haben sie Recht, denn die Verhandlungen zu TTIP finden weitgehend geheim statt und werden voraussichtlich frühestens 2017 abgeschlossen. Doch auf den zweiten Blick wird klar: Viele grundlegende Dinge zu TTIP lassen sich schon jetzt sagen. Mit dem Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (North American Free Trade Agreement, NAFTA) gibt es bereits ein ähnliches Abkommen, das seit 21 Jahren in Kraft ist und dessen Auswirkungen wissenschaftlich untersucht wurden. Zudem wurden am 25. September 2014 die Verhandlungen zu CETA abgeschlossen. CETA ist ein Handelsabkommen, das TTIP sehr ähnlich ist und dessen Vertragstext bereits vollständig verfügbar ist.

ZUSAMMENFASSUNG

WARUM TTIP NICHT ZU EINEM FAIREREN WELTHANDEL BEITRÄGT

Das Forum Fairer Handel lehnt TTIP in der derzeit geplanten Form ab, weil es Bestrebungen hin zu einem fairen Welthandel¹ untergräbt:

- TTIP ist ein Präferenzabkommen zulasten der Entwicklungs- und Schwellenländer: Handelsströme werden auf die USA und EU umgeleitet
- TTIP sieht neue Rechtsvorschriften vor, welche faire Beschaffung erschweren würden: TTIP schafft einen Rechtsraum, in dem Staaten für potentiellen Gewinnverlust durch soziale und ökologische Gesetzgebung von Großkonzernen verklagt werden können
- TTIP fördert intransparente Welthandelspolitik, in der eine Minderheit im Geheimen verhandelt, anstatt multilaterale Politikräume zu nutzen und zu stärken



2. NEGATIVE AUSWIRKUNGEN VON TTIP

Es existieren bereits viele Analysen zu den voraussichtlichen Auswirkungen von TTIP auf die Bürger/innen in der EU und den USA. Unser Fokus als Fair-Handels-Netzwerk liegt hingegen auf den Auswirkungen von TTIP auf die Entwicklungs- und Schwellenländer und auf Bestrebungen zu einer faireren Welthandelsordnung. Dazu ist bisher vergleichsweise wenig veröffentlicht worden.

Das Forum Fairer Handel sieht, neben vielen weiteren, drei Hauptprobleme in Bezug auf die Auswirkungen von TTIP:

- Entwicklungsländer werden durch die Handelsumlenkungen zu Verlierern,
- Faire Beschaffung wird erschwert,
- Intransparente Verhandlungen zwischen Wenigen untergraben multilaterale Welthandelspolitik.

PROBLEM 1: BEI TTIP WERDEN DIE ENTWICKLUNGSLÄNDER VERLIEREN

Mit TTIP wird es für Unternehmen in der EU und den USA attraktiver, mehr Handel miteinander und weniger Handel mit anderen Ländern zu betreiben. Die EU und die USA präferieren sich gegenseitig als Handelspartner vor anderen möglichen Staaten. Der indische Wirtschaftswissenschaftler Jagdish Bhagwati prägte für diese Art von Handelsabkommen den Ausdruck „Präferenzabkommen“². Aus der Perspektive von Staaten, die aufgrund von TTIP weniger Handel mit den USA und der EU betreiben können, wirkt TTIP wie ein Ausgrenzungsabkommen.

Dass es zu diesen Verschiebungen von Handelsströmen kommen wird, darin sind sich Gegner wie Befürworter von TTIP einig. Es variieren lediglich die Prognosen über die Höhe und die Schwere der Auswirkungen. So hat beispielsweise eine Studie der marktliberalen Bertelsmann Stiftung eine Verminderung des realen Pro-Kopf-Einkommens für viele afrikanische Länder von 2-5 Prozent berechnet.³ Auch Schwellenländer wie Brasilien wären betroffen: So ist etwa

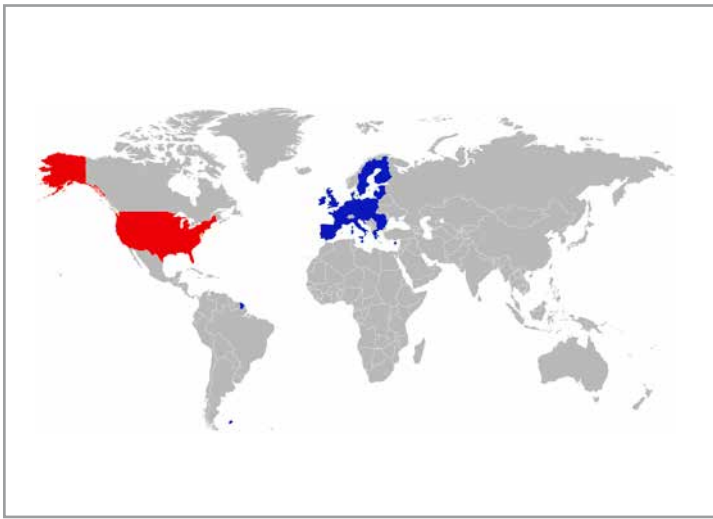
Fruchtsaft aus den USA bisher mit 18 Prozent Zoll belegt, bei einem Wegfall dieser Zölle wäre der Fruchtsaftimport aus Brasilien stark betroffen.

VON STANDARDS BETROFFEN, DIE SIE NICHT BEEINFLUSSEN KÖNNEN

Darüber hinaus wollen die beiden Vertragsparteien im TTIP-Text viele ihrer Industriestandards entweder gegenseitig anerkennen oder angleichen.

Bisher ist unbekannt, welche Auswirkungen die Standardsetzung zwischen der EU und den USA für Drittstaaten haben wird: Wenn die EU eine bestimmte Ware aus einem Drittland akzeptiert, bedeutet Handel unter TTIP, dass auch die USA diese Ware zur Einfuhr zulässt? Oder entstehen durch TTIP neue Standards, die Mehrkosten für die Entwicklungs- und Schwellenländer bedeuten würden? Denn diese Länder müssten sich den Standards anpassen, um weiterhin mit beiden Partnern Handel treiben zu können. Und: Sie sind damit von Standards betroffen, auf deren Formulierung sie keinerlei Einfluss haben, da sie bei den TTIP-Verhandlungen nicht beteiligt sind.

TTIP befürwortende Studien wie eine Veröffentlichung vom ifo-Institut von 2015⁴ argumentieren, dass die Verluste der Entwicklungs- und Schwellenländer dadurch ausgeglichen würden, dass TTIP in der EU und den USA Wirtschaftswachstum bewirke. Dieses generiere mehr Einkommen in der Bevölkerung, welches wiederum auch für mehr Konsum – etwa für Textilien aus Bangladesch oder Ananas aus Costa Rica – ausgegeben würde. Die Argumentation impliziert, dass alle von dem Wachstum durch TTIP profitieren würden. Doch genauso wenig, wie Wirtschaftswachstum Einkommenswachstum bei allen Mitgliedern einer Gesellschaft bedeutet, ist sicher, dass die TTIP-Gewinner in den USA und der EU ihr Geld für Textilien und Ananas aus Drittstaaten verwenden werden. Studien zu NAFTA zeigen: Mit Mexiko war es das wirtschaftlich schwächste Land, dass die höchsten Anpassungskosten tragen musste und dessen Gesamtbevölkerung am wenigsten von dem Handelsabkommen profitierte.⁵



PROBLEM 2: TTIP ERSCHWERT FAIRE BESCHAFFUNG

TTIP würde sich auch auf die öffentliche Beschaffung auswirken. Öffentliche Beschaffung werden die Einkäufe von Bund, Ländern und Kommunen genannt. Als öffentliche Auftraggeber kaufen sie beispielsweise Uniformen für die Feuerwehr und Toilettenpapier für ihre Verwaltungen ein. Jährlich geben öffentliche Stellen in Deutschland nach Schätzungen 480 Milliarden Euro für Dienstleistungen und Produkte aus. Mit dieser hohen Summe könnten internationale Lieferketten langfristig geändert werden hin zur konsequenten Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards.

Der Umfang der öffentlichen Vergabeaufträge in der EU wird auf über zwei Billionen Euro geschätzt – theoretisch eine große Chance für den Fairen Handel. Praktisch ist das EU-Recht allerdings darauf ausgerichtet, den Wettbewerb so weit wie möglich zu fördern. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge war daher bisher nur ein enger, strikt an das Produkt geknüpfter Kriterienkatalog erlaubt. Dies erlaubt Unternehmen gegen die Beachtung von Kriterien des Fairen Handels zu klagen. Beispielsweise beschwerte sich der Kaffeekonzern Douwe Egberts 2009 bei der EU-Kommission, als die Provinz Noord-Holland nur noch fairen Kaffee einkaufen wollte: Dies diskriminiere andere Anbieter und verhindere die Auswahl des Produktes mit dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis. 2010 verklagte die EU-Kommission deshalb die Niederlande auf Wettbewerbsverzerrung. In der Entscheidung wurde festgestellt, dass die Provinz tatsächlich gegen EU-Recht verstoßen hatte, als sie darauf beharrte, nur bestimmte Siegel zu akzeptieren und Sozial- und Umweltverträglichkeit zu Qualitätskriterien erhob.

Seit 2014 gibt es mit der EU-Vergaberichtlinie einen neuen rechtlichen Rahmen, der die Berücksichtigung von sozialen und umweltverträglichen Kriterien bei der Auftragsvergabe ermöglicht. Bis April 2016 müssen die EU-Mitgliedsstaaten diese Richtlinie umsetzen. Die Richtlinie wertet die ILO-Kernarbeitsnormen und den Fairen Handel auf. Allerdings wird die Beachtung dieser Mindestarbeitsstandards nicht verbindlich vorgeschrieben. Es hängt also ganz von der deut-

schen Gesetzgebung ab, wie sehr der neue Gestaltungsspielraum genutzt wird, um die faire Beschaffung zu stärken.

TTIP soll die Beschaffungsmärkte auf beiden Seiten des Atlantiks für EU- bzw. US-amerikanische Unternehmen öffnen, indem die Unternehmen des Handelspartners genauso behandelt werden wie inländische Unternehmen und Verfahren vereinfacht werden. Mit TTIP strebt die EU eine Handelspartnerschaft mit einem Staat an, der weit hinter ihrer Anerkennung der ILO-Kernarbeitsnormen zurückliegt: Die USA haben lediglich die Konventionen zur Abschaffung von Zwangsarbeit und gegen die schlimmsten Formen der Kinderarbeit ratifiziert.

Grundsätzlich wird es auch bei der öffentlichen Beschaffung zu Handelsumleitungen zum Nachteil der Länder des globalen Südens kommen: Durch den intensiveren Handel mit den USA werden Lieferanten von dort den Zuschlag bekommen, nicht mehr Anbieter aus Entwicklungsländern.

POSITIVE ENTWICKLUNGEN WERDEN AUSGEBREMST

Aktuell steht die faire Beschaffung in Deutschland erst am Anfang ihrer Möglichkeiten und erhält viel Auftrieb. Bund, Länder, Städte und Kommunen haben einen großen Beratungsbedarf, um ihre Aufträge nachhaltiger gestalten zu können. Fairer Kaffee im Rathaus, faire Lebensmittel in der städtischen Kantine und fair und nachhaltig produzierte Uniformen sind noch nicht der Regelfall.

Mit TTIP würden allerdings die Bemühungen, die Qualitätskriterien in der öffentlichen Beschaffung um Nachhaltigkeitsfaktoren zu stärken, massiv ausgebremst: Eine Anpassung der Standards im TTIP-Abkommen könnte zu einem Absenken von Sozial- und Umweltnormen in den Lieferketten der öffentlich beschafften Produkte und Dienstleistungen führen, da die Rechtsunsicherheit ansteigen würde. Den Näherinnen von Feuerwehruniformen einen Mindestlohn zu zahlen, könnte genauso als illegale Wettbewerbsverzerrung angesehen werden, wie zu verlangen,

dass Kaffeeproduzent/innen Gewerkschaften bilden dürfen. Statt einer weiteren Vergrößerung der Absatzmöglichkeiten innerhalb der EU bräche so für die Fair-Handels-Produzent/innen in Entwicklungs- und Schwellenländern ein wichtiger Zukunftsmarkt weg.

Unmittelbar von TTIP betroffen sind alle deutschen Aufträge, deren Volumen einen bestimmten Schwellenwert (aktuell liegt dieser z. B. für Liefer- und Dienstleistungsaufträge bei 207.000 Euro) überschreitet, so dass sie nicht nur in Deutschland, sondern auch in der EU ausgeschrieben werden müssen. Seit Jahren engt diese Regelung die Möglichkeit von Städten und Kommunen ein, lokal ansässige und gemeinnützige Einrichtungen bei der Auftragsvergabe auszuwählen.

DER STREITSCHLICHTUNGSMEECHANISMUS ISDS

Auch der Streitschlichtungsmechanismus in TTIP würde den Weg hin zu einer nachhaltigeren Gesellschaft erheblich gefährden. Die Investor-Staat-Streitbeilegung (*investor-state dispute settlement, ISDS*) ermöglicht Unternehmen, Staaten zu verklagen, wenn durch – auch nur geplante – Gesetzesvorhaben ihre Gewinnaussichten geschmälert werden könnten. ISDS verleiht Investoren nur Rechte, aber keine Pflichten. Zudem ist ISDS ein Instrument, das sich nur Großkonzerne mit einem Budget für Wirtschaftsanwälte leisten können. ISDS könnte als Teil von TTIP eine erhebliche abschreckende Wirkung in puncto faire Beschaffung entfalten: Etwa wenn Städte mit ihrer Vergabepaxis die Beachtung von Arbeitnehmer/innenrechten und Umweltauflagen stärken möchten, auch wenn dieses Verfahren komplizierter ist und zu Mehrkosten bei der Produktion führt. Wenn sie zukünftig Gefahr laufen, deswegen auf Schadensersatz verklagt zu werden, wird die Bereitschaft, sich um faire Beschaffung zu bemühen, sinken.

Daher überrascht es nicht, dass der UN-Sonderberichterstatter für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung, Alfred-Maurice de Zayas, die Staatengemeinschaft im August 2015 zu einer radikalen Abkehr von ISDS aufgefordert hat: Staaten sollen ISDS abschaffen, keinen neuen Handelsabkommen mit ISDS-Klauseln beitreten und bei Streitigkeiten ordentliche anstatt private Gerichtsbarkeiten anrufen. Für die Zwischenzeit empfiehlt de Zayas, einen Fonds zu bilden, aus dem Gerichtskosten für angeklagte Staaten getragen werden können.

PROBLEM 3: INTRANSPARENTE VERHANDLUNGEN ZWISCHEN WENIGEN UNTERGRABEN MULTILATERALE WELTHANDELPOLITIK

Das vorliegende Papier konzentriert sich auf TTIP. Es gibt jedoch darüber hinaus eine verwirrende Vielzahl von derzeit geplanten multilateralen, regionalen und bilateralen Handelsabkommen. Die Wichtigsten:

- bereits im September 2014 wurden die Verhandlungen zu dem TTIP-Vorläufer CETA zwischen Kanada und der EU abgeschlossen; CETA könnte schon bald ratifiziert werden und in Kraft treten;

- in den nächsten zwei Jahren soll das von den USA, Kanada und Mexiko mit einer Reihe asiatischer Staaten verhandelte TPP (Trans-Pacific Partnership; transpazifische Partnerschaft) in Kraft treten – während NAFTA weiterhin gültig ist;
- zwischen 50 Staaten, darunter alle EU-Staaten, die USA, Kanada und Mexiko, wird geheim über die Liberalisierung von Dienstleistungen im TiSA-Abkommen verhandelt – darüber sind der Öffentlichkeit bislang noch weniger Informationen bekannt als zu TTIP.

Präferenzabkommen wie TTIP zersetzen durch ihre ausgrenzende Wirkung das multilaterale Welthandelssystem. Die Vielzahl der Abkommen macht es ressourcenschwachen Staaten noch schwieriger, den Überblick zu wahren und ihre Interessen effektiv zu vertreten. Auch wenn das System und die politische Ausrichtung der Welthandelsorganisation (WTO) zu Recht stark kritisiert wurden, war sie – im Vergleich zu den aktuellen Geheimverhandlungen von TTIP – für Entwicklungs- und Schwellenländer ein transparenteres Forum, um Informationen zu gewinnen und an Verhandlungen teilzunehmen.

Mit TTIP machen sich die mächtigen westlichen Staaten unabhängig von der WTO. Die EU und USA bemühen sich besonders intensiv darum, ihrer Handelspolitik neue Gestaltungsräume zu verschaffen, seit sich die Entwicklungs- und Schwellenländer im Rahmen der WTO untereinander organisieren und gegenüber den Industriestaaten ihre Interessen artikulieren.

„TEILE UND HERRSCHE“-POLITIK DER INDUSTRIESTAATEN

Als Erklärung für die bilateralen Verhandlungen außerhalb der WTO verweisen TTIP-Befürworter regelmäßig darauf, dass so leichter gute globale Standards ausgehandelt werden könnten. Selbst wenn die USA und die EU weltweit die besten Sozial- und Umweltstandards hätten, was keinesfalls durchgehend der Fall ist, und daraus eine gewisse Legitimation für die bilaterale Setzung global geltender Regeln ziehen könnten: Die mangelnde Einbindung anderer Staaten ist politisch problematisch und nicht geeignet, wenn es wirklich darum gehen soll, Drittstaaten von der Einhaltung dieser Standards zu überzeugen.

Das Präferenzabkommen TTIP und der damit verbundene Anspruch, global geltende Regeln zu schaffen, ist aus Perspektive des Forum Fairer Handel keine Notwendigkeit des Welthandels, sondern das Instrument einer „Teile und herrsche“-Politik der Industriestaaten.

Demgegenüber müssen multilaterale Foren gestärkt werden. Die überzogene Liberalisierungs- und Marktöffnungsagenda insbesondere der EU und der USA werden vom größten Teil der Entwicklungs- und Schwellenländer abgelehnt. Dies ist die Ursache des Stillstands in der WTO. Diese Agenda muss daher endlich revidiert werden. Auch müssen andere multilaterale Foren wie die UN-Handelsorganisation UNCTAD gestärkt werden.

3. AUSBLICK

Aufgrund der oben erläuterten Punkte ist es notwendig, TTIP in der aktuell geplanten Form zu verhindern.

Wie im Juni 2015 zehn UN-Sonderberichterstatter in einer gemeinsamen Erklärung – darunter die Berichterstatter für das Recht auf Nahrung, für die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte sowie für die Rechte indigener Völker⁶ – fordert das Forum Fairer Handel eine neue Sorte Handelsabkommen für sozial und ökologisch nachhaltiges Wirtschaften. In einer neuen Ära der Welthandelspolitik sollten Bürger/innen der unterzeichnenden Staaten das Recht haben, über jedes Handelsabkommen mit einem öffentlichen Referendum abzustimmen. Für dieses Recht müssen wir uns heute einsetzen und TTIP, wie auch CETA, stoppen.

Dass dies möglich ist, zeigen die erfolgreichen Proteste gegen den ISDS-Vorgänger, das Multilateral Agreement on Investment (MAI): Nach starkem Druck aus der international organisierten Zivilgesellschaft brach 1998 der Konsens unter den zukünftigen Vertragsparteien auseinander.

Im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen wurde im Juni 2014 auf Initiative Ecuadors ein Vorschlag für eine Konvention über die Menschenrechts-Pflichten multinationaler

Konzerne (Treaty on Business and Human Rights) eingebracht. Mehr als 500 internationale Nichtregierungsorganisationen, darunter das Forum Fairer Handel, unterstützen seitdem diese Initiative. Die EU und die USA leisteten dagegen heftigen Widerstand. Mit der dennoch mehrheitlich angenommenen Human Rights Council Resolution 26/9 wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die jetzt einen Verhandlungsprozess über ein solches Abkommen beginnt.

Wir halten diesen Verhandlungsprozess im UN-Menschenrechtsrat für einen zielführenderen Weg als einen weiteren Anlauf für einen einseitig auf die Rechte multinationaler Konzerne fixierten Ansatz, wie er jetzt für ein verändertes ISDS ins Gespräch gebracht wird. Eine künftige UN-Konvention sollte die Rechte und Pflichten multinationaler Unternehmen regeln und in einem ausgewogenen Verhältnis zu Menschenrechts-, Umwelt- und anderen Abkommen stehen. Und diese Konvention sollte durchaus einen ständigen Gerichtshof vorsehen, in dem Investoren ihre Rechte gegen Staaten geltend machen können – aber auch Staaten und Bürger ihre Rechte gegenüber Investoren einklagen können.

Für einen gerechten Welthandel müssen die Einhaltung und Förderung der Menschenrechte integraler Bestandteil von Handelsabkommen werden.

¹ Was für eine fairere Welthandelsordnung getan werden sollte, hat das Forum Fairer Handel in dem Papier „Forderungen des Fairen Handels an die Welthandelspolitik“ (Berlin 2014) dargelegt. Wir konzentrieren uns daher im vorliegenden Papier auf die kritische Auseinandersetzung mit TTIP.

² Bhagwati, Jagdish: Termites in the Trading System. How Preferential Agreements Undermine Free Trade; Oxford 2008.

³ Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (THIP). Wem nutzt ein transatlantisches Freihandelsabkommen?; Gütersloh 2013.

⁴ Felbermayr, Gabriel; Kohler, Wilhelm; Aichele, Rahel; Klee, Günther; Yalcin, Erdal: Mögliche Auswirkungen der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) auf Entwicklungs- und Schwellenländer; Studie des ifo Instituts gemeinsam mit dem IAW Tübingen im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung; München 2015.

⁵ Blecker, Robert A.: The North American Economies After NAFTA. A Critical Appraisal; International Journal of Political Economy 33:3; 2003.

⁶ Die Erklärung ist abrufbar unter: www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=16031

EMPFEHLUNGEN ZUM WEITERLESEN UND -SCHAUEN

ARD - Die Story im Ersten: Konzerne klagen – Wir zahlen. Wie Schiedsgerichte den Rechtsstaat aushebeln (vom 19.10.2015): www.youtube.com/watch?v=iWHVhFpX1cA

Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst und Diakonie Deutschland: Die Verhandlungen über eine Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP); Berlin 2015.

Deutsches Institut für Entwicklungspolitik: Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP): Was sollte die Entwicklungspolitik tun?; Bonn 2015.

Forum Fairer Handel: Forderungen des Fairen Handels an die Welthandelspolitik; Berlin 2014.

Forum Umwelt und Entwicklung: Wunschdenken statt zeitgemäßer Wissenschaft. Ein kritischer Kommentar zur ifo-Studie über die „Auswirkungen der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft auf Entwicklungs- und Schwellenländer“; Berlin 2015.

SWR: Wie NAFTA das Leben mexikanischer Bauern verändert hat (vom 01.10.2015): www.ardmediathek.de/tv/odyso-Wissen-im-SWR/Wie-NAFTA-das-Leben-mexikanischer-Bauern/SWR-Fernsehen/Video?documentId=30746276&bcastId=246888

